



## BEIHILFE

## Zuzahlen fürs Zweibettzimmer?

Die GdP will für den Polizeiberuf die Freie Heilfürsorge. Das verspricht eine erhebliche finanzielle Entlastung für die Polizistinnen und Polizisten von annähernd 2000 Euro im Jahr und kann dem Dienstherrn Kosten sparen.

Helmut Knerr, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP, begründete bei einer Anhörung des Innenausschusses des Landtages die Forderung nach Umstellung des Systems von der bisherigen Gewährung von Beihilfe hin zur Freien Heilfürsorge: „Untersuchungen bei der Bereitschaftspolizei haben gezeigt, dass ein effektives medizinisches Versorgungssystem für das Land kostengünstiger ist als die Gewährung von Beihilfen. Zudem bekämen die Kolleginnen und Kollegen endlich die finanziellen Vorteile eingeräumt, die Polizistinnen und Polizisten in anderen Bundesländern schon seit Jahren haben.“

Heute muss sich ein Polizist über die Beihilfeleistung des Landes Rheinland-Pfalz hinaus privat gegen das Krankheitsrisiko versichern. Die Kosten liegen für ihn bei 50%iger Absicherung der Risiken je nach Versicherer bei mehr als 160 Euro im Monat. Das kann er sich bei Gewährung Freier Heilfürsorge sparen.

Anlass des Anhörungsverfahrens im Innenausschuss war das Vorhaben des Finanzministers, die Gewährungen der Beihilfe für Wahlleistungen (z.B. Zweibettzimmer) an die Zahlung von 13 Euro monatlich zu koppeln. Das lehnen DGB und GdP ab. Wir halten die Regelung für verfassungswidrig.

Bereits in der Vergangenheit kürzte das Land immer wieder die Beihilfe und führte erhebliche Eigenbeiträge ein. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es mit Einschnitten und Verschlechterungen gerade so weiter geht, weil der Finanzminister die schwache Rechtsposition der

Beamtinnen und Beamten ohne Skrupel ausnutzen könnte. DGB und GdP wollen echte Verhandlungsrechte: Verhandeln statt verordnen! Wir wollen nicht warten, bis die Beihilfe an die Wand gefahren ist.

Deshalb gehören Alternativen auf den Tisch. Es muss unvoreingenommen und ernsthaft geprüft werden, welche Varianten für unsere Kolleginnen und Kollegen kostengünstiger sind – und wenn der Dienstherr dabei ebenfalls Geld sparen kann, dann ist dies um so besser. Eine Möglichkeit wäre das Schaffen der Wahlmöglichkeit zum Übertritt der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung bei Zahlung der hälftigen Beiträge durch den Arbeitgeber. Eine andere Variante wäre die Gründung einer Betriebskrankenkasse (BKK) für die rheinland-pfälzische Polizei.

Zur Klarstellung: Priorität hat für die GdP die Einführung der Freien Heilfürsorge. „An günstige Alternativen zu denken, kann nie von Nachteil sein“, bekräftigt GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach die Haltung von DGB und GdP.

Behauptungen der DPoIG in einem Flugblatt, die GdP würde eine Betriebskrankenkasse als Ersatz zur Freien Heilfürsorge fordern, sind unsinnig. DPoIG-Vorstand Wolfgang Faber saß bei der Anhörung in der dritten Reihe und durfte im Innenausschuss kein Wort sagen. Stattdessen setzt die DPoIG anschließend wieder einmal Lügenmärchen in die Welt. Offensichtlich sind die „Experten“ der DPoIG nicht in der Lage oder nicht willens, einfache Zusammenhänge aufzunehmen, wenn die GdP die Interessen der Polizei vertritt. Oder geht es der DPoIG wieder nur darum, mit Schmutz zu werfen?

### Kosten einer privaten Krankenversicherung: Polizist, 45 Jahre, verheiratet, Ehefrau nicht berufstätig, 1 Kind

Polizist	50 %	KV	monatlich	160,49 Euro
Ehefrau	30 %	KV	monatlich	128,59 Euro
Kind	20 %	KV	monatlich	34,59 Euro
Gesamt				323,67 Euro

Das ergibt einen jährlichen Familienaufwand für die Krankenversicherung von **3884,04 Euro**

Über die Freie Heilfürsorge könnte der Polizist die eigenen Beiträge in Höhe von **1.925,88 Euro** pro Jahr sparen.

## PP RHEINPFALZ

## Neuer Präsident



Wolfgang Fromm, neuer Polizeipräsident beim PP Rheinland-Pfalz

mung der Geschäfte des Polizeipräsidenten beim Polizeipräsidium in Ludwigshafen beauftragt.

Wolfgang Fromm war zuvor Leiter Polizeieinsatz beim PP Trier und Vertreter des Polizeipräsidenten. Der 50-Jährige wohnt mit seiner Familie in Koblenz. Polizist wurde er im Juli 1969, seit Juni 1988 gehört er dem höheren Polizeidienst an. Nach Überzeugung der Landesregierung prädestinieren die vielfältigen beruflichen Tätigkeiten in Führungsaufgaben und die dabei gewonnenen Erfahrungen Wolfgang Fromm für das Amt des Polizeipräsidenten.

Die GdP gratuliert ihrem langjährigen Mitglied und wünscht viel Erfolg in der neuen Aufgabe.

Auf Vorschlag von Innenminister Walter Zuber hat Ministerpräsident Kurt Beck den Leitenden Polizeidirektor Wolfgang Fromm zum 1. November 2002 mit der Wahrneh-



BEURTEILUNGEN

# Beurteilungen immer problematisch

Natürlich wäre es besser, wenn wir ohne dieses „subjektive, unvertretbare Werturteil“ von Menschen über Menschen auskommen würden. Doch da sind Grundgesetz und Beamtenrecht vor. Um das Beste daraus zu machen, hat auf Anregung der GdP ein Erfahrungsaustausch über die zurückliegenden Beurteilungskampagnen stattgefunden. Vertreter der Behörden und Einrichtungen sowie der jeweiligen Personalräte nutzten die Gelegenheit, um mit Herrn Leubecher (ISM) rechtliche und tatsächliche Probleme in der Umsetzung der Beurteilungsrichtlinie zu besprechen und Verbesserungsvorschläge einzubringen.

## Anlässe reduzieren - Verfahren vereinfachen

Die GdP vertritt in der Diskussion zwei Grundforderungen: Zum einen muss die Zahl der Beurteilungsanlässe gesenkt werden, was beispielsweise durch Beförderungen nach Jahrgängen oder engere Beförderungskorridore geschehen kann. Zweitens wäre eine Vereinfachung des Beurteilungsverfahrens hilfreich, was bei der Gestaltung des Beurteilungsbogens anfängt. Dazu Vorsitzender Ernst Scharbach: „In den Beurteilungsmassenverfahren ist diese romanhafte Beurteilungsprosa vollkommen überflüssig. Hier geht es überwiegend um die Reihenfolge.“

Die GdP-Personalräte vertreten in Mainz auch die Auffassung, dass die Beurteilungen vom Anlass der Beurteilungen abhängig bleiben müssten. Aus Anlass einer Stellenbesetzung komme es mehr auf Eignungsprognose und Befähigung an, als auf eine hoch differenzierte Leistungsfeststellung, während bei Beförderung und ASA-Zulassung die retrograde Beurteilung der Leis-

tung im Vordergrund stehe. Eine deutliche Vereinfachung des Einholens von Beurteilungsbeiträgen (Kurzformular) und der Wegfall der Sonderbegründung für die Einstufung beispielsweise in A waren weitere Beispiele für eine Vereinfachung des Verfahrens. Herr Leubecher, selbst einer der Väter der geltenden Beurteilungsrichtlinie, will zu dem Thema eine Arbeitsgruppe aus rechtlich und praktisch erfahrenen Leuten zusammenstellen und über Verbesserungen – bis hin zur Veränderung der Richtlinie – entscheiden.

## Es kommt darauf an, was man daraus macht

Die Beurteilungen nach der neueminderten Verwaltungsaufwand. Zudem ergibt sich aus der Bewertung für den Dienstherrn die Verpflichtung, das Ergebnis der Personalauswahl individuell bewerten zu müssen. Das Berater-team – nur die Reihenfolge: Bei der Reihung durch das Berater-team sollten keinesfalls Beurteilungsstufen (A,B oder C) besprochen und festgelegt werden, sondern nur die Reihenfolge. Alle Erfahrungen zeigen, dass der falsche Ansatz einer „taktischen“ Beurteilungsvorgabe „meist in die Hose geht.“

Transparenz: Da absolute Diskretion eine unrealistische Vorstellung ist, bleibt nur Transparenz als ein Mittel, Gerüchten, Halbwahrheiten und gezielten Teilschönreden vorzubeugen. Deshalb: Die Richtlinie sieht zwar lediglich vor, das Berater-

## Was ist Leistung?

Praktiker berichten weiter: Nicht nur die Richtlinie, auch die Vorgehensweise vor Ort ist wichtig für die Akzeptanz der entstehenden Beurteilungen. Zuerst sollte im Kreise der Beurteiler geklärt werden, was unter „Leistung“ zu verstehen ist. Wer die Entwicklung der Rechtsprechung verfolgt, stellt schnell fest: Auch Lebens- und Diensterefahrung sind Leistungskriterien. Oder anders ausgedrückt: Die früheren Punktesysteme, in denen Dienst- und Lebensjahre zusätzlich zur Beurteilung eingepreist wurden, sind obsolet, weil die Rechtsprechung davon ausgeht, dass diese Kriterien in das Beurteilungsergebnis einzufließen haben.

Einige weitere Merkmale sind von großer Bedeutung für das Gelingen einer Beurteilungsrunde: Die Bewerbung ist wichtig: Die Bewerbung ist wichtigste Voraussetzung für jede Beurteilung. Jeder, der sich eine Chance ausrechnet, sollte sich der Konkurrenz stellen. Jeder, der nicht beurteilt zu werden und vermindert den Verwaltungsaufwand. Zudem ergibt sich aus der Bewertung für den Dienstherrn die Verpflichtung, das Ergebnis der Personalauswahl individuell bewerten zu müssen.

Das Berater-team – nur die Reihenfolge: Bei der Reihung durch das Berater-team sollten keinesfalls Beurteilungsstufen (A,B oder C) besprochen und festgelegt werden, sondern nur die Reihenfolge. Alle Erfahrungen zeigen, dass der falsche Ansatz einer „taktischen“ Beurteilungsvorgabe „meist in die Hose geht.“

Transparenz: Da absolute Diskretion eine unrealistische Vorstellung ist, bleibt nur Transparenz als ein Mittel, Gerüchten, Halbwahrheiten und gezielten Teilschönreden vorzubeugen. Deshalb: Die Richtlinie sieht zwar lediglich vor, das Berater-

noch einmal zusammen zu rufen, wenn die gemeinsam festgelegte Reihenfolge geändert wurde. Sobald die Gesamt-Reihenfolge auf Zweiteurteilerebene gebildet wurde, sollten trotzdem die Erstbeurteiler das Berater-team (und damit die Betroffenen) über das Ergebnis informieren.

Kontinuität: Vertrauen in die Verfahrensweise kann nur entstehen, wenn von Jahr zu Jahr die Listen nicht total durcheinander gewirbelt werden. Das heißt, dass die Beurteiler über die vermutete Schnittstelle hinaus gewissenhaft zu reihen und zu beurteilen haben. Diese Reihung ist Grundlage der Entscheidungen des kommenden Jahres.

Personalräte: Wir denken, dass das Prinzip der vertrauensvollen Zusammenarbeit im Interesse aller Beteiligten mit Leben erfüllt werden muss. Wenn ein Personalrat beispielsweise auf Fehler im Verfahren aufmerksam wird, hat er im harten Mitbestimmungsverfahren nur die Möglichkeit, am Schluss das gesamte Beförderungspaket abzulehnen, weil es mit diesem Fehler infiziert ist. Da ist es doch besser, die Personalräte umfassend zu informieren, sich auszutauschen und das „Wächteramt“ zu akzeptieren.

Viele gute und fortschrittliche Vorgesetzte begrüßen es ausdrücklich, dass der Personalrat in alle wichtigen Schritte des Beurteilungsverfahrens eingebunden ist.

Anzeige

**Urlaubsreif?**  
Günstiger verreisen mit  
PSW-Reisen  
Rheinland-Pfalz GmbH  
06131 - 9600923

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>  
<http://www.psw-rp.de>  
<http://www.psw-reisen.de>

eMail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

# Verkehrssicherheit durch Gewinnabschöpfung

Insbesondere die Leitungsebene außerhalb des Bußgeldverfahrens hat der Verkehrsdirektionen und der bei der Diskussion wurde deutlich, Bußgeldbehörden waren Zielgruppe dass es bei der „Wahl“ der Bestimmung eines Seminars der Landesregierung in der Literatur unterschiedliche polizeischule, das von POR Joachim Thielges geleitet wurde. Von der Begrifflichkeit doch eher im Bereich OK angesiedelt, stellen Frau Regierungsdirektorin Ursula Fendl (Zentrale Bußgeldstelle im bayrischen Polizeiverwaltungsamt) und KHK Kleinle vom PP Schwaben die rechtlichen Möglichkeiten der Gewinnabschöpfung bei Verkehrsordnungswidrigkeiten dar.

## Ausgangslage

Ausgangslage war die Erkenntnis eines krassen Missverhältnisses zwischen der Höhe eines Bußgeldbescheides einerseits und dem wirtschaftlichen Vorteil andererseits. Die bloße Ahndung der Owi kann deshalb eine „positive“ Sanktion des Fehlverhaltens auf Seiten des „Täters“ bedeuten („das zahlt doch aus der Portokasse“) und damit einhergehend auf Seiten der Sachbearbeiter bei der Polizei eher frustrierend wirken. Dabei kann der wirtschaftliche Vorteil, der durch die Begehung von Ordnungswidrigem erlangt wird, wie bei kriminellen Unrecht auch über die rechtlichen Instrumentarien der Gewinnabschöpfung zunichte gemacht werden.

## Rechtliche Instrumentarien

Zwei Bestimmungen stehen hier nebeneinander: während § 17/IV OWIG die Gewinnabschöpfung im Bußgeldverfahren regelt, greift § 29a OWIG als eigenständige Regelung

## Mögliche Anwendungsfelder

- Überladungen
- Genehmigungs- und Erlaubnisbescheide (Schwertransporte)
- Ladungssicherungsvorschriften
- Sonntagsfahrverbot
- Vorschriften über Lenk- und Ruhezeiten
- Gefahrgutvorschriften
- Abfallentsorgungsvorschriften

## Fälle aus der Praxis

Wegen 260 durch Wiegescheine belegter Überladungen hat die

Verwaltungsbehörde eine Geldbuße von 25.000 € festgesetzt (Rechtsgrundlage § 17/IV OWIG); Urteil nach Einspruch: 15.000 €. Das PP München hat einen Unternehmer wegen Überladungen angezeigt und den wirtschaftlichen Vorteil durch die Überladungen mit 50.000 € berechnet. Unter erstmaliger Anwendung von § 29a OWIG wird der illegale Gewinn eingezogen.

## Ausblick

Der Güterverkehr auf der Straße wird zunehmen. Prognosen sagen eine Steigerung bis 2015 um 64 % voraus. Damit entspricht der jährliche Zuwachs der Gesamttransportmenge der Bahn AG. Die Verstöße gegen die regelmäßig sicherheitsrelevanten Verkehrsvorschriften dürften demnach proportional steigen. Schon jetzt ist bei jedem vierten tödlichen Verkehrsunfall ein Fahrzeug des Güterverkehrs beteiligt. Wenn wir erreichen wollen, dass die gewünschte präventive Wirkung durch die Verfolgung bestimmter Verkehrsverstöße erzielt wird, kommt der Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils eine weitaus größere Bedeutung zu als der Verhängung eines Bußgeldes. Die LPS startet 2003 mit einem Seminar für verkehrspolizeiliche Sachbearbeiter, bei dem es insbesondere um die taktische Ermittlungsführung bei solchen Verfahren geht.

# Aus dem HPRP

Von einem Sachbearbeiter in Koblenz war zu erfahren, dass den Geschäftsbereich des ISM zum 1. Januar 2003 einzuschadensregulierungsstellein-gerichtet werden soll. Ermittlungen im ISM ergaben, dass dies tatsächlich geplant ist. Obwohl von dieser Maßnahme eine ganze Reihe von Beschäftigten in der Polizei betroffen sein werden, wurde der HPRP bis zur Oktober-Sitzung nicht informiert. Eine entsprechende schriftliche Nachfrage vom 18. September blieb bis dato unbeantwortet.

Gruppe 26: Statt auf dem 20. Studiengang waren 26 KollegInnen erst zum 21. Stg. zugelassen worden. Da der 21. als erster Stg. keine Führungsausbildung mehr vorsah, wurde nun das erste Führungsmodul mit den 26 durchgeführten Scholz (ISM) und Heinz Werner Gabler (HPRP) diskutiert mit der Gruppe die Beseitigung möglicher Benachteiligungen. Hauptproblem: Die meisten Vorgesetzten wissen nicht einmal, dass das ISM die Gleichstellung mit dem 20. Stg. an-gewiesen hat. Das ISM wird die aufgreifen. Auf Vorschlag des HPRP wird das Schreiben in die Akten der 26 aufgenommen werden.

Das ISM teilt mit, dass die Sterne-Regelung auch wegen des Votum des HPRP eingeführt wird. Am 6. und 7. November 2002 finden bei den Polizeipräsidi- en ersten Wahlen zu Jugend- und Auszubildendenvertretungen statt – Konsequenz aus der

Änderung der Zuständigkeit für die Ein-Präsidenten im 26. Studiengang. Das zentrale ISM bestellte ein-gerichtet werden soll. Ermittlungen im ISM ergaben, dass dies tatsächlich geplant ist. Obwohl von dieser Maßnahme eine ganze Reihe von Beschäftigten in der Polizei betroffen sein werden, wurde der HPRP bis zur Oktober-Sitzung nicht informiert. Eine entsprechende schriftliche Nachfrage vom 18. September blieb bis dato unbeantwortet.

Die endgültige Einführung des elektronischen Fahrtenbuchs verzögert sich wegen technischer Probleme. Der Probelauf wurde bis zum 31. Januar 2003 verlängert. Das „Rundschreiben über das Erscheinungsbild der Polizei sowie das Tragen der Dienstkleidung“ wurde vom HPRP abgelehnt. Man stimme mit den vom ISM formulierten Grundsätzen überein. In neun Einzelpunkten lehnt der HPRP die neue Vorschrift jedoch ab. Zugestimmt hat der HPRP der Einrichtung einer Projektgruppe „Qualitätsverbesserung polizeilicher Arbeit“. Sie steht unter der Leitung des ISM und wird zunächst Prioritäten ihrer Vorgehensweise erarbeiten, berichtete IDWerner Blatt dem HPRP. Es solle keine neue Instanz geschaffen werden, sondern Eigenkontrolle verbessert und Fremd-

Viele KollegInnen interessierten sich für die Teilnahme am zivilen Krisenmanagement der EU, der Bil-Mitarbeitergesprächen mit den Dozenten an der FH' wurde zurückgestellt. Zunächst soll die Meinung von Dozenten und der FH er-cundet werden. DenErrichtungsanordnungen „Sportveranstaltungen“ und „Falschgeld“ stimmte der HPRP zu. Dieter Kronauer (Arbeiter), Annemarie Grindel (Angestellte), Ernst Scharbach (Beamte)

Den Ausschreibungsmodalitäten für die Bewerbung zum höheren Dienst hat der HPRP zugestimmt. Die Einsätze Änderungen ergaben sich aus der Neufassung des § 15 LaufbahnVO.

## JAV-WAHLEN

# Biss muss sein

Die Gewerkschaft der Polizei ruft zur Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) auf! Slogan der GdP unter dem Logo eines Hai: Biss muss sein! So verstehen wir engagierte Jugendliche in der JAV. JAV bei der LPS/FHöV gebildet. Alle Wahlberechtigten zusammen wählen erstmals bei den fünf Poli-

len darüber hinaus ihre JAV-Stufen-

Anzeige

**Neues Auto?**

Günstige Konditionen  
beim  
Polizeisozialwerk  
Rheinland-Pfalz GmbH  
06131 - 9600920

AUF EIN WORT

# Solidarität – Wozu brauchen wir Gewerkschaften?

Heinz Blatt

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in einer Zeit, in der Einsparungen groß geschrieben werden, über private Altersvorsorge laut nachgedacht wird, die Gesundheitsfürsorge und – Vorsorge immer weiter abgebaut wird, kurz, in der die sozialen

Errungenschaften nach und nach beschritten werden, wird es immer bedeutsamer, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen. Wie anders sollte man dies tun, als in einer starken Gewerkschaft, mit der man sich tun oder Unterlassen zu bezu für diese Belange einsetzt, denn nur wegen. Die GdP hat dies in vielen miteinander ist es möglich, ein ent-Fällen eindrucksvoll bewiesen. Viespreichendes Gegengewicht zute Meinungsbildung der politischen Entscheidungsgremien darzustellen. Immer mehr Menschen können die Schutzfunktionen der Gewerkschaften nicht erkennen und fühlen sich durch die Politik nicht angesprochen. Zu sehr steht die Individualisierung im Vordergrund. Jeder möchte, dass seine Probleme erkannt

und gelöst werden und nicht etwa kollektiven Interessen zurückstecken. Dabei ist Ziel und Zweck der Gewerkschaften, die beruflichen, wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Insbesondere erstrebt sie die

In diesem Sinne, euer

Heinz Blatt, Vorsitzender der Seniorengruppe

## KREISGRUPPE PP/PD KOBLENZ

# 10 Jahre Sommerfest

# Ehrungen

Einigkeit ein festes Band, hält zusammen Jung und Alt.

Ferien, Ferien, schöne Zeit – Koblenzer Seniorengruppe der GdP reiste gar nicht weit. Nicht immer muss man in die Ferne schweifen um ein fröhliches Fest zu feiern. Sommer, Lebenslust und eine Superlaune prägten das diesjährige festival in der herrlich gelegenen Freizeitanlage Falckensteinkaserne in Lützel, welches zum 10. Mal in Folge (also ein kleines Jubiläum) bei großer Beteiligung stattfand. Freut euch des Leibes Scheint, ob es regnet oder schneet. Schön ist das Leben, wenn du dir sicher bist, dass das auch Freunde hat, wird dieses Ereignis so schnell nicht vergessen. Die Anwesenheit des Vorstands der Kreis-Koblenz, freuten sich auf eine Grill-

wieder einmal die große Verbundenheit zu den Senioren. Die Bilanz des Treffens war sehr positiv und die großen Erwartungen wurden durch Josef Baus und Horst-Peter Birk voll erfüllt. Ein „Danke“ und „Prosit“ auf die kurzweiligen Stunden im Kreis der Seniorenfamilie und darauf, dass wir weitermachen. Den Organisatoren und vielen Helfern zum Gelingen des Sommerfestes sei ein herzlicher Dank für die selbstlose und ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Seniorengruppe. - happy day – fit for life ! Gut, dass es sie gibt – die GdP.

Willy Wagener

Der Bundesvorsitzende der Seniorengruppe Heinz Blatt zeichnet die Kollegen Hubert Lohner, Josef Baus und Walter Reuber für ihr besonderes Engagement in der Seniorengruppe beim PP Koblenz mit der "Ehrenmütze" der GdP aus. Es gratulieren der Landesvorsitzende Ernst Scharbach und das Mitglied des Vorstandes Jürgen Peter

KREISGRUPPE PD NEUSTADT

# Gemütliches Beisammensein und Informationen aus erster Hand

Einen besonderen Service für ihre Kreisgruppenvorsitzende Udo Lange der Seniorinnen und Senioren älteren Mitglieder bot die Kreisgruppe PD Neustadt im Rahmen eines Gartenfestes, zu dem der Vorsitzende der Seniorengruppe Willi Jausel am 20. Juli 2002 in seine Gartenanlage im Rothenbusch/Neustadt eingeladen hatte. Die positive Resonanz auf das Angebot der Kreisgruppe und die zahlreich erschienenen Seniorinnen und Senioren sind ein Beweis dafür, dass die GdP mit ihrem Angebot richtig lag.

Einsparungen im Versorgungsbereich, die Gesundheitsreform, Höhe der Beihilfe und der Krankenkassenbeiträge ein.

Nach aktuellen Informationen ging man zum gemütlichen Teil über, bei dem in echt pfälzer Atmosphäre mit edlen Weinsorten, Bier und Grillspezialitäten Erlebnisse aus der aktiven Dienstzeit aufgewärmt und Erfahrungen aus dem Pensionärsleben ausgetauscht wurden. Ein besonderer Dank gilt Willi Jausel, seiner Frau und der Kreisgruppe PD Neustadt für diese gelungene Veranstaltung

Heinz Blatt

## Gesellig und informativ

Nach Begrüßung durch den Gastgeber Willi Jausel, der sich über die Anwesenheit des Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt, seines Stellvertreters auf Landesebene Uli Knirr und des Vorsitzenden der Seniorengruppe der Bepo Mainz Fred Beuscher, sehr freute, gab der

Senioren der KG PD Neustadt

über das, was sich seit der letzten Zusammenkunft im Bereich der PD Neustadt ereignet hat und versprach sich weiterhin intensiv um die Be-

Danach informierte Kollege Heinz Blatt über aktuelle gewerkschaftliche Themen und ging insbesondere auf die Kürzung und

Anzeige

# LANDESJOURNAL

## PI BAD KREUZNACH

### Neuer Leiter

Volker Collet, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe, Gerhard Remmet, Personalratsvorsitzender in der PD Bad Kreuznach sowie Bezirksgruppen- und Gesamtpersonalratsvorsitzender Horst Vinhoven besuchten Polizeioberreifer Reiner Hamm in Bad Kreuznach.

Professionelle, konsequente und bürgernahe Polizeiarbeit, bei der aber auch die Menschlichkeit nicht zu kurz kommen dürfe; so beschrieb Hamm sein berufliches Credo. Leitbildorientiertes Führungsverhalten, so erfuhren die GdP-Leute vom neuen Leiter der PI Bad Kreuznach, sei nicht bloßes Schlagwort, sondern Selbstverständlichkeit. Horst Vinhoven wünschte der Polizei ein gutes Gelingen in seinem neuen Amt, das auch die stellvertretende Leitung der Gruppe PP Mainz beinhaltet. Na-Hamm eine gute Hand und viel Erfahrung der GdP übergab er ein

V.l.n.r.: Reiner Hamm, Volker Collet, Gerhard Remmet und Horst Vinhoven

Begrüßungspräsident der Bezirksgruppe PP Mainz.

## LESERBRIEF

Als junger Gendarm war ich 1967 bei der Gendarmeriestation Wolfstein bedienstet. Dort wurde ich auf ein Buch (evtl. Loseblattsammlung) aufmerksam, in dem mehrere herausragende Kriminalfälle in Deutschland aufs Genaueste beschrieben waren.

Unter anderem wurde in dem Buch ein Mordfall an einem jungen Mädchen aus Münchwies/Saarland in den 50iger Jahren erwähnt.

Dieses Buch suche ich und obwohl ich schon mehrere Kollegen auf den verschiedensten Dienststellen angerufen habe, konnte mir bisher keiner weiterhelfen.

Vielleicht kann mir nun eine Leserin, ein Leser von Deutsche Polizei helfen.

Hinweise bitte an Karl Lothschütz, Polizeiwache Schönenberg-Kübelberg.

## POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER

### Neues Dienstgebäude

Walter Zuber übergibt neues Dienstgebäude für Polizeipräsidium Trier

Im feierlichen Rahmen übergab Innenminister Walter Zuber das neue Dienstgebäude für das Polizeipräsidium Trier. „Die offizielle Übergabe dieses Dienstgebäudes ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums sowie für die Bevölkerung von Trier ein bedeutendes Ereignis“, sagte Zuber und hob den großen Vorteil der zentralen Lage inmitten der Stadt hervor.

Als besonders erfreulich wertete Zuber, dass das neue Dienstgebäude im Rahmen einer Konversionsmaßnahme entstanden ist. Im Zuge der umfassenden Sanierung der ehemaligen Behausung der französischen Garnison sei es gelungen, dass es gelungenshaft geleitet worden. Der Innenminister lobte die Bemühungen, die Landesregierung bei der wichtigen Aufgabe der Innenminister das neue Dienstgebäude für das Polizeipräsidium Trier. „Die offizielle Übergabe dieses Dienstgebäudes ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums sowie für die Bevölkerung von Trier ein bedeutendes Ereignis“, sagte Zuber und hob den großen Vorteil der zentralen Lage inmitten der Stadt hervor.

Walter Zuber übergibt neues Dienstgebäude für Polizeipräsidium Trier

Im feierlichen Rahmen übergab Innenminister Walter Zuber das neue Dienstgebäude für das Polizeipräsidium Trier. „Die offizielle Übergabe dieses Dienstgebäudes ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums sowie für die Bevölkerung von Trier ein bedeutendes Ereignis“, sagte Zuber und hob den großen Vorteil der zentralen Lage inmitten der Stadt hervor.

Als besonders erfreulich wertete Zuber, dass das neue Dienstgebäude im Rahmen einer Konversionsmaßnahme entstanden ist. Im Zuge der umfassenden Sanierung der ehemaligen Behausung der französischen Garnison sei es gelungen, dass es gelungenshaft geleitet worden. Der Innenminister lobte die Bemühungen, die Landesregierung bei der wichtigen Aufgabe der Innenminister das neue Dienstgebäude für das Polizeipräsidium Trier. „Die offizielle Übergabe dieses Dienstgebäudes ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums sowie für die Bevölkerung von Trier ein bedeutendes Ereignis“, sagte Zuber und hob den großen Vorteil der zentralen Lage inmitten der Stadt hervor.

prozess in Gang gesetzt habe.

Zahlreiche Konversionsprojekte sind bereits abgeschlossen und haben positive Impulse verliehen“, sagte Zuber. Minister Zuber dankte allen, die sich für die Erweiterung des Polizeipräsidiums an dieser Stelle eingesetzt haben und übergab das neue Dienstgebäude mit den Worten: „Das Gebäude dient schon jetzt als Symbol für eine lebenswerte, attraktive, vor allem aber sichere Stadt Trier, in der sich Einwohner und Gäste täglich aufs Neue freudlich begegnen“.

Als besonders erfreulich wertete Zuber, dass das neue Dienstgebäude im Rahmen einer Konversionsmaßnahme entstanden ist. Im Zuge der umfassenden Sanierung der ehemaligen Behausung der französischen Garnison sei es gelungen, dass es gelungenshaft geleitet worden. Der Innenminister lobte die Bemühungen, die Landesregierung bei der wichtigen Aufgabe der Innenminister das neue Dienstgebäude für das Polizeipräsidium Trier. „Die offizielle Übergabe dieses Dienstgebäudes ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums sowie für die Bevölkerung von Trier ein bedeutendes Ereignis“, sagte Zuber und hob den großen Vorteil der zentralen Lage inmitten der Stadt hervor.

## RUHESTANDSVERSETZUNGEN

## STERBEFALLE

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.